

Studie EU verzettelt sich beim e- Government

[10.9.2003] Unzählige Initiativen, weitverzweigte Zuständigkeiten, schlecht organisiert - zu diesem Urteil über die e-Government-Politik der EU kommt eine aktuelle Studie.

Im Vergleich zu anderen internationalen Organisationen lässt die EU beim Thema e-Government klare politische Richtlinien und eine stringente Organisation vermissen. Hinter zu vielen Programmen und Initiativen sind die eigentlichen Ziele, die mit e-Government erreicht werden sollen, nicht mehr zu erkennen. Zu diesem Ergebnis kommt laut einem Bericht von KableNet eine Studie der Polytechnischen Universität Valencia. Die Aktivitäten der EU beim e-Government seien sehr fragmentiert, heißt es in der Untersuchung. Dies sei eine Folge daraus, dass die EU-Kommission die Zuständigkeit für e-Government unter mindestens vier verschiedenen Verwaltungseinheiten aufgeteilt hat. Zudem fehle es an politischer Führung. In vielen Abteilungen herrsche Unklarheit darüber, wie weit die Zuständigkeit der EU beim Thema e-Government reiche. Detailliert vorgestellt werden soll der Bericht beim e-Forum der EU-Kommission Mitte September in Valencia.

<http://www.eu-kommission.de>

Stichwörter: Studie, EU-Kommission

Quelle: www.kommune21.de